

II-3870 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1894/J

1982-05-19

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Steiner, Kraft
und Genossen

an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Außenpolitischer Bericht 1981

Am 3. Mai 1982 hat das Büro für Wehrpolitik zum Zwecke der politischen Bildung einen Auszug aus dem Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ("Außenpolitischer Bericht" III-130 dB) zur Verteilung gebracht. Dieser Auszug betrifft weltpolitische und bilaterale Probleme. Es steht zwar jedem Bundesministerium frei, welche Informationsmaterialien es zur Versendung bringt und aus welchen Quellen es sie bezieht, doch ist es bemerkenswert, daß die Auszüge einen Bericht betreffen, der noch nicht in parlamentarische Behandlung genommen wurde und somit lediglich die Regierungsmeinung zu den einzelnen in diesem Bericht angeschnittenen Fragen wiedergibt.

Der Bericht wird erst Anfang Juni 1982 im zuständigen Ausschuß beraten, danach im Plenum des Nationalrates behandelt und im Anschluß daran ein- oder mehrstimmig zur Kenntnis genommen werden. In der Regel - das bringt die demokratische Geschäftsbehandlung mit sich -, wird zu einem Bericht der Bundesregierung eine Reihe unterschiedlicher Auffassungen vorgetragen. Es erscheint einseitig, wenn ein Bundesministerium Auszüge aus einem Bericht zur Verteilung bringt, der vom Nationalrat noch nicht genehmigt worden ist, ohne daß sich in den begleitenden

Ausführungen ein Hinweis fände, daß die parlamentarische Beratung des Berichtes noch aussteht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e

- 1) Warum wird in der Aussendung des Büros für Wehrpolitik über den außenpolitischen Bericht 1981 kein Hinweis aufgenommen, daß der Bericht im Zeitpunkt der Aussendung noch nicht parlamentarisch behandelt worden ist?
- 2) Wie werden Sie dafür Vorsorge treffen, daß bei derartigen Aussendungen künftighin auch jene Auffassungen berücksichtigt werden, die in der parlamentarischen Behandlung eines solchen Berichtes vorgetragen werden?